

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 07.03.2024

Zu Ö 4 Bericht über die aktuelle Situation zur Einführung des Studiums zum Grundschullehramt an der RWTH Aachen

Herr Brötz empfindet die Situation als sehr frustrierend. Nachdem es durch politische Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen gelungen sei, die grundsätzliche Bereitschaft zur Einrichtung eines Studiengangs für das Grundschullehramt an der RWTH zu erreichen, sei es nun sehr ernüchternd, dass die operative Umsetzung an der fehlenden Raumressource scheitern solle. Dabei gehe es vornehmlich um Büroräume für das lehrende Personal, nicht um Unterrichtsräume. Die Erwartung der RWTH sei, dass die Räumlichkeiten durch die Stadt und StädteRegion Aachen zur Verfügung gestellt würden. Die Verwaltung habe bereits mehrere Vorschläge unterbreitet, diese seien jedoch durch die RWTH aus unterschiedlichsten Gründen abgelehnt worden. Auch die Kostenfrage für eine mögliche Anmietung von Büroräumen sei noch nicht abschließend geklärt. Es habe unzählige Gespräche mit vielen Akteuren gegeben mit der Hoffnung, dass der Studiengang doch noch zum Wintersemester 2024 an den Start hätte gehen können. Die RWTH hält die Startvoraussetzungen jedoch nicht für ausreichend belastbar und sieht ein Beginn erst im kommenden Jahr. Dies sei nicht sehr optimal, da es im Jahr 2025 keinen Abiturjahrgang aus den Gymnasien und damit auch vermutlich weniger Studierende insgesamt geben werde.

Herr Auler kann diesen Frust nachempfinden. Er ist der Meinung, dass die RWTH selbst ein hohes Interesse an diesem Studiengang haben sollte, da die Schüler*innen nach einer soliden Grundschullaufbahn, im besten Fall 13 Jahre später selbst an der RWTH studieren würden. Dafür brauche es jedoch gut ausgebildete Lehrkräfte. Er lobt die Verwaltung für das große Engagement und Bemühen in der Angelegenheit und hofft, auf ein doch noch positives Ergebnis der Verhandlungen. Zu dem Kosten erläutert er, dass dies eigentlich eine Aufgabe der Landesregierung sei und appelliere an die Fraktionen, dies über die Abgeordneten auch im Landtag zu platzieren.

Auch Frau Griepentrog wundert sich, warum die Kommune hier an den Kosten beteiligt werden sollte. Dies sei bei keinem anderen Studiengang der Fall.

Herr Brötz erklärt, dass die RWTH auch an Budgets gebunden sei und das sei an dieser Stelle anscheinend nicht auskömmlich. Dafür sei er jedoch der falsche Ansprechpartner.

Herr Becker ist froh, dass die Bemühungen zur Einführung eines Studiengangs für die Grundschullehrenden schon sehr weit fortgeschritten seien. Es sei bis dato ein langwieriger Prozess mit der RWTH und dem Schulministerium gewesen, den Frust könne er daher ebenfalls gut nachvollziehen. Die Frage nach der Finanzierungslücke sei für ihn auch nicht gut nachvollziehbar.

Frau Heider schließt sich den Vorrednern an. Es würden mehr als 80 Lehrkräfte fehlen und dies könne so nicht aufgeholt werden. Es sei hier eine große Chance vertan worden.

Herr Schneider erläutert, dass es das Studium für das Grundschullehramt in der Vergangenheit schon immer in Aachen gegeben habe. Dass sich die RWTH hier nun auf fehlende Räume beruft, sei für ihn völlig unverständlich. Die benötigte Infrastruktur sei in der Vergangenheit auch vorhanden gewesen, zumal es anscheinend nicht an fehlenden Lehrkräften scheitere.

Frau Griepentrog fasst zusammen, dass es für alle eine sehr unzufriedenstellende Situation sei. Hinzu käme noch der hohe Numerus Clausus (NC), welcher für das Grundschullehramtsstudium benötigt werde. Die Argumentation der RWTH sei aus ihrer Sicht nicht sehr stichhaltig und verursache eine bewusste Verzögerung der Wiedereinführung des dringend benötigten Studiengangs.

Im Nachgang berichtet Herr Brötz, dass ein parallel stattgefundenes Gespräch zwischen unter anderem der Oberbürgermeisterin und Vertretern der RWTH ergeben habe, dass die Stadt und StädteRegion Aachen weiterhin bei der Raumsuche unterstützen würden. Die RWTH müsse zeitgleich noch inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen umsetzen, wie zum Beispiel das Treffen einer Kooperationsvereinbarung mit Partnerhochschulen. Aus diesen Gründen sei eine Umsetzung des Studiengangs erst zum Wintersemester 2025 realistisch.